

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil III: Staatswesen

Christoph Noebel

6.4 Außerparlamentarische Politikgestaltung

Obwohl sich der Einzelne im Alltag mit diversen Handlungen politisch betätigen kann, indem er etwa Politiker anschreibt oder seinen Konsum nach ethischen Kriterien ausrichtet, bedarf es - wie Hannah Arendt argumentiert - des Zusammenkommens mehrerer Personen, um an der Gründung und den Aktionen *politischer Bürgerinitiativen* teilzunehmen. Hierbei ist zu beachten, dass diese nicht nur unterschiedliche Ziele anstreben, sondern auch heterogene Formen annehmen können. Meist handelt es sich um interessen geleitete Gruppierungen und Vereine auf lokaler Ebene, die gegen Entscheidungen der kommunalen Politik protestieren und sich für alternative Lösungen einsetzen. Darüber hinaus bieten überregionale Missstände und allgemeine Gesellschaftsprobleme den Zündstoff zur Bildung politischer Initiativen und gewaltfreier Bürgerbewegungen. Sie verfügen nicht nur über theoretische Legitimität, sondern sind Teil des realen Diskurses in liberalen Demokratien und gelegentlich in autokratischen Staatssystemen. Eine umfassende Gesellschaftsanalyse fällt daher lückenhaft aus, wenn sie sich neben den formellen Strukturen des Staats und der Wirtschaft nicht auch mit Formen des Bürgerprotests und politischer Initiativen auseinandersetzt.

Obwohl die aktive Bürgerbeteiligung eine notwendige Bedingung für die Lebendigkeit und Funktionsfähigkeit der Demokratie darstellt, wirft sie auch praktische Grundsatfragen auf. Zunächst sei betont, dass Bürgerinitiativen primär als *Einflussnehmer* und nur in geringerem Maße als *Entscheidungssträger* auftreten [K5.7.1]. Neben persönlichen Erfahrungen durch gemeinschaftliche Aktionen misst sich der Erfolg zivilgesellschaftlicher Kampagnen an der Einwirkung auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen. Da sich Bürgerinitiativen meist abseits der offiziellen Entscheidungsprozesse politischer Gremien bewegen, gilt zunächst zu klären, welche Voraussetzungen für ihre Gründung zu erfüllen sind und wie sie über einen Zeitraum hinweg Bestand haben können. Neben internen Organisationsfaktoren haben Bürgerinitiativen oft Hindernisse zu bewältigen, die ihnen seitens des Staates in den Weg gelegt werden. Politische Protestaktionen müssen sich daher nicht nur mit Fragen ihres Wirkungsgrads, sondern auch mit den Einschränkungen und Grenzen des praktisch Machbaren befassen, um daraus effektive Strategien zu entwickeln. Im Folgenden sollen einige dieser Aspekte beschrieben und erörtert werden.